37. Jahrgang Nr. 518

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 1. November 1919

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens. **Abonnementspreis** in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt **60 Pfg. wöchentlich, M. 2,60 monatlich.** Abonnementspreis bei Postbezug: monatlich M. 2,25 und vierteljährlich M. 6,75. **Insertionspreis** die Zeile M. 1,50 mit 50% Zuschlag, für Stellenangebote und Gesuche M. 1,50 mit 20% Zuschlag; Familien-Anzeigen für Abonnenten M. 1.— die Zeile. Kleine Anzeigen: das Wort 40 Pf., das fettgedruckte Wort 75 Pf. mit 50% Zuschlag. – Abonnements u. Anzeigen nehmen auch die ohenbezeichnet aufgeführten Filialen entgegen. – Redakt. u. Haupt-Exp.: SW. Jerusalemer Str. 46-49. Tel.: Zentrum Nr. 10131-10144. T. d. Fernverk. Nr. 14207-14209.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Filialen: Moritzpl., Köpenicker Str. 67-68, Wiener Str. 1-6, Frankf. Allee 286, Frankf. Allee 146, Gr. Frankf. Str. 101, Greifew. Str. 107, Schönh. Allee 144, Schiffahrtsstr. 4, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthal. Str. 48, Kastanienw. Str. 5, Turmstr. 61, Potsd. Str. 53, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 90, Blücherstr. 63; Charlottenb.: Tauentzienstr. 5, Kantstr. 54, Schapreustr. 35, Kurfürst. Str. 55-56, Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 13; Halensee-Grunewald: Hennigsenplatz; Lichtenberg: Frankf. Allee 361; Lichterfelde-West: Curiastr. 1-2, Neukölln: Berliner Str. 47, Hermannstr. 35-36, Kaiser-Friedrichstr. 247-48; Pankow: Borsnebener Str. 11, Schönhauser Allee 162, Tegel: Berliner Str. 18; Tempelhof: Berlinerstr. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 86, Kaiserpl. 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schlosstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Fricke-str. 22; Potsdam: Brandenb. Str. 52; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 9.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die deutsche Delegation für Washington.

Berlin, 31. Oktober. (W. T. B.)

Als deutsche Delegierte für die Arbeiterschutzkonferenz in Washington sind in Aussicht genommen: als Vertreter der deutschen Reichsregierung der Staatssekretär a. D. Dr. August Müller, der zugleich Leiter der Delegation ist und der Reichswirtschaftsminister a. D. Wissell; als Vertreter der deutschen Arbeitgeber der Werftdirektor Regenbogen, als Vertreter der deutschen Arbeitnehmer der stellvertretende Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Graßmann. Die Delegation wird von einer größeren Anzahl technischer Ratgeber begleitet werden, und zwar die Regierungsvertreter von dem Geheimen Oberregierungsrat und vortragenden Rat im Reichsarbeitsministerium Dr. Leymann, dem Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im Reichsjustizministerium v. Lewinski, sowie den Herren Professor Dr. Francke und Professor Dr. Manes, der Vertreter der Arbeitgeber von dem Geschäftsführer der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Dr. Tänzler und der Vertreter der Arbeitnehmer von der Redakteurin der gewerkschaftlichen Frauenzeitung, Fräulein Hanna, dem Redakteur Erkelenz und dem Generalsekretär der christlich-sozialen Arbeiter, Brauer.

Die Abreise der Delegation nach Washington soll stattfinden, sobald sich eine Reisegelegenheit bietet.

Die Zulassung.

71 gegen 1.

Haag, 31. Oktober. (Privat.)

Der erste in Washington veröffentlichte amtliche Bericht über die internationale Arbeiterkonferenz lautet: Bei einer Abstimmung wurde mit **71 gegen 1 Stimme** eine **Entschließung angenommen,** in der gesagt wird, daß, nachdem die Pariser Konferenz zugestimmt hatte, Deutschland und Oesterreich später als Mitglieder anzuerkennen und sie einzuladen, sich an der Arbeitsorganisation zu beteiligen, die Konferenz jetzt der Zulassung Deutschlands und Oesterreichs zum Völkerbund vorgreife und beschließe, ihre Delegierten auf dieser Konferenz zuzulassen. Dies soll geschehen, wenn sie ihre Bereitwilligkeit bekanntgeben, an der Weltorganisation der Arbeiterschaft mitzuwirken. Sie erhalten daher **die gleichen Rechte und Verpflichtungen** wie die anderen Mitglieder der Arbeitsorganisationen, so wie diese im Verfassungsabkommen niedergelegt worden sind.

Das Reutersche Bureau bestätigt vom 30. Oktober, daß die Internationale Arbeitskonferenz in Washington für die Zulassung der Vertreter Deutschlands und Oesterreichs zu den Sitzungen der Konferenz gestimmt hat.

Jouhaux ist zum Vizepräsidenten des Internationalen Arbeitskongresses ernannt worden.

Die deutsch-litauische Einigung.

Zusammentritt einer neuen Kommission.

Kowno, 30. Oktober. (W. T. B.)

Zwischen den deutschen und litauischen Behörden ist eine Vereinbarung mit Wirksamkeit vom 2. November über folgende Punkte zustande gekommen:

1. Festlegung einer neutralen Zone;
2. der Bahnhof Radziwilischki bleibt für die Räumungszeit deutsch;
3. zur Untersuchung der Zusammenstöße zwischen litauischen und deutschen Truppen tritt am 2. November eine gemischte Kommission in Rossienie zusammen.

Eröffnung des österreichischen Sozialistentages.

Die Gäste aus Deutschland.

Wien, 31. Oktober.

Laut Korrespondenzbureau stehen auf der Tagesordnung des heute eröffneten Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs außer den Berichten über die Tätigkeit des Parteivorstandes und des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten, die Präsident Seitz erstatten wird, unter anderem noch folgende Punkte: Verfassungsfrage, Referent Staatskanzler Renner, und soziales Wirtschaftsprogramm, Referent Dr. Otto Bauer. Ungefähr 400 Delegierte sind angemeldet. Von ausländischen Parteien sind vertreten: Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik, die tschecho-slowakischen Sozialdemokraten, die reichsdeutsche Mehrheitspartei durch Wels und die unabhängige Partei Deutschlands durch Crispin und Hilferding. Im Auftrage des Parteivorstandes eröffnete Präsident Seitz den Parteitag mit einem Nachruf für Dr. Adler. Nach Begrüßung der ausländischen Gäste teilt Präsident Seitz mit, daß an Haase ein Sympathietelegramm gesandt wurde. Präsident Seitz erklärte, der Parteitag werde die Richtlinien für das künftige Werk der Partei bestimmen und müsse als erstes und oberstes Ziel betrachten, die Einigkeit des Proletariats zu wahren und für sie nicht nur im Inlande, sondern auch in der Internationale zu wirken. Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Präsident Seitz, Euler (Linz), Bürgermeister Muchitsch (Graz) und Abg. Tomschik (Wien). Der Eröffnungssitzung wohnten Staatskanzler Renner bei.

Wie der U-Boot-Krieg entfesselt wurde.

Bethmann Hollwegs Aussagen. — Die Gewaltpolitik der Obersten Heeresleitung. — Die Schuld des Reichstags.

Reichskanzler a. D. v. Bethmann Hollweg setzte in der gestrigen Vormittagssitzung des Untersuchungsausschusses fort, daß die Zahl der U-Boote größer als 1916 war und bei der geringen Wellenrate ein Gelingen plausibler erschien. **Ausschlaggebend war, daß Hindenburg und Ludendorff dafür waren.** Ich konnte mir unterstellen, wenn ich mich auf ausschlaggebende Gründe stützen konnte. Die hatte ich aber nicht, ich konnte nicht die Erfolglosigkeit des U-Boot-Krieges nachweisen. Auch der entschlossenste Siegeswille konnte 1917 die brutale Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß gegenüber dem andauernden Anwachsen der feindlichen Uebermacht unser Menschenersatz abnahm und unter Wirkung der Blockade schlimmer wurde. (Bewegung.) Die Verantwortung lag damals zentnerschwer auf mir. Am 9. Januar war es schließlich unmöglich zu sagen: Nein, der U-Boot-Krieg wird nicht gemacht, ich stehe dafür, daß wir demnächst zu Friedensverhandlungen kommen. Hätte ich damals annehmen können, daß ich durch mein Ausscheiden der in mir persönlich bekämpften Politik der Regierung irgendeinen Gewinn hätte schaffen können, ich hätte keinen Augenblick gezögert, dem Kaiser mein Abschiedsgesuch zu unterbreiten. **Ludendorff** sprach auf Grund seiner persönlichen Eindrücke an der Westfront die Ansicht aus, **daß der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsetzen müsse.** Gegenüber den Bedenken des Auswärtigen Amtes kam die präzise Erklärung, daß **ohne den rücksichtslosen U-Boot-Krieg der Feldzug verloren** sein würde. In einem Telegramm des Feldmarschalls hieß es, daß der Feldmarschall das Wilsonsche Angebot als von England hervorgerufen (?) betrachtet. Wir könnten aus nationalen Gründen und mit Rücksicht auf unsere starke militärische Lage (?) nicht darauf eingehen. Mit starken Worten wies das Telegramm auf die Stimmung in der Armee hin. Auf meine nichtzustimmende Antwort kam **ein schroffes Telegramm des Feldmarschalls,** die militärische Lage erfordere energisches Handeln zur See. Der Feldmarschall setzte sein volles Verantwortlichkeitsgefühl ein, vor das die politische Verantwortlichkeit des Reichskanzlers nicht treten dürfe. **Die Oberste Heeresleitung war entschlossen, es auch mit Amerika aufzunehmen.** Mit dem Ausscheiden meiner Person wäre nicht das geringste geändert worden. Selbst der Kaiser wäre nicht imstande gewesen, wenn er es gewollt hätte, einen Kanzler gegen das Votum Hindenburgs zu halten. Ich wußte, daß man in Wien keineswegs leichten Herzens die neue Wendung des Krieges mitmachte. Mein Abgang hätte vielleicht verhängnisvolle Differenzen mit den Bundesgenossen herbeigeführt. Auch wollte ich nicht durch meinen Abgang den Riß erweitern, der in unserem Volke schon entstanden war. Gegen Amerika bestand in unserem Volke große Animosität. Meine Warnungen, Amerika nicht zu unterschätzen, blieben unberücksichtigt. **Die U-Boot-Hypnose war eine Versündigung an dem Volke.** Vielleicht ist bei uns dem militärischen Uebergewicht nicht rechtzeitig und energisch genug Widerstand geleistet worden. Vielleicht hätte ein Mann von der Qualität und Autorität eines Bismarck die Führerschaft besessen, auch in solcher Lage die Einheitlichkeit der Führung zu ergreifen. Nach unserem namenlosen Zusammenbruch, der nur möglich gewesen ist, **weil wir alle gesündigt haben,** übernehme ich es nicht, die Schuld auf andere abzuwälzen. Nachdem Hindenburg mit Ludendorff an die Spitze der Heeresverwaltung gerufen war, **hat sich alles der militärischen Autorität gefügt. Es muß ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des deutschen Volkes und seine gesetzliche Vertretung das Uebergewicht der militärischen Leitung** (mit stark erhobener Stimme) **gewollt hat.** Wer die historische Wahrheit feststellen will, der wird weder diejenigen, die die Widerstände nicht mitmachten, noch die Träger dieser Widerstände anklagen können, ohne die aus der Geschichte des deutschen Volkes und seiner politischen Parteien entstandene Mentalität zu berücksichtigen. Erst am 28. Januar kam die Depesche **Bernstorffs,** wonach Wilson jetzt den Frieden vermitteln wolle und ihn erhoffe. **Er hätte deshalb,** trotz aller Skepsis, **den U-Boot-Krieg aufzuschieben.** Dieses Verlangen wurde von dem Admiralstab abgewiesen, weil es unmöglich sei, die bereits ausgeführten U-Boote zurückzuordern. Mir blieb nichts übrig, als Wilson unsere Friedensbedingungen mitzuteilen und das Aufsehen des U-Boot-Krieges zuzulegen, sobald es dem Präsidenten gelänge, eine entsprechende Grundlage für die Friedensbedingungen zu erzielen.

Nunmehr wurde eine Pause bis 4 Uhr gemacht.

*

Der Vorsitzende, Abgeordneter **Warmuth,** eröffnete die Nachmittagssitzung um 4 Uhr 30 Minuten. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt **v. Bethmann Hollweg:** Friedensaktion ist die Tätigkeit, die wir Wilson zugedacht haben. Friedensvermittlung eine Tätigkeit, bei der auch an die materielle Ordnung der Friedensbedingungen gedacht wird. — Vorsitzender **Warmuth:** Hatte der Botschafter Gerard, als er im September 1916 nach Amerika zurückging, Friedensbedingungen mitgeteilt erhalten? — **v. Bethmann Hollweg:** Soviel ich weiß, habe ich ihm keine konkreten Bedingungen mitgeteilt. Da ich nicht alle Akten zur Verfügung habe, namentlich, da ich seit bald zwei Jahren keinen Einblick in die Akten mehr habe, erkläre ich mich für völlig außerstande, auf einzelne spezielle Fragen, womöglich an Daten geknüpft, hier zu antworten. Ich könnte mich auch nicht auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen beschränken, sondern müßte die Komplikation des ganzen Weltkrieges berücksichtigen. Dazu müßte ich unzählige Akten des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei noch heranziehen müssen. Ich bitte den Ausschuß, spezialisierte Fragen schriftlich zu formulieren und mir Zeit zu lassen, wenigstens aus den Akten die notwendigen Kenntnisse für eine zeugenähnliche Beantwortung zu schöpfen. — Vorsitzender **Warmuth** erklärt, daß der Ausschuß dem Wunsch des Herrn v. Bethmann Hollweg nachkommen werde, und fragt nochmals: Kontrete Friedensbedingungen haben Sie Gerard nicht mitgeteilt? — Herr **v. Bethmann Hollweg:** Soweit ich mich entsinnen kann, nicht. — Vorsitzender **Warmuth:** Inwieweit war Oesterreich über die Wilsonsche Friedensaktion orientiert? Herr **v. Bethmann Hollweg:** Ich kann nur antworten, daß, soweit wir in diesem Moment gegenwärtig ist, Oesterreich orientiert wurde. Oft ist es unmöglich, auf plötzlich vorgelegte Fragen aus dem Gedächtnis heraus die Dinge zu rekonstruieren. In Gesprächen mir Gerard habe ich wohl auch

unsere Kriegsziele

erwähnt. In Belgien mußten wir Vorsorge treffen, daß es von den Ententemächten nicht als Sturmbock oder als Bollwerk verwendet werde. Ich habe Herrn Gerard auch dargelegt, was ich mir unter den in meinen Reden erwähnten Garantien denke. Gerards Darstellung in seinem Buch über diese Unterredung halte ich dementiert. Einzelheiten kann ich erst später nachholen, wenn der Ausschuß bereit ist, mir formulierte Fragen vorzulegen und Zeit zum Studium der Akten zu lassen. Zu Hause habe ich keine Akten. Meine erste Auslage war schon etwas unvorsichtig, ich hätte sonst da bitten müssen, mir eine formulierte Frage vorzulegen. — Vorsitzender **Warmuth:** Am 5. Dezember hat Baron Burian den Wunsch ausgesprochen, Präsident Wilson möge nicht als Friedensvermittler auftreten. Ist Ihnen darüber etwas bekannt, daß vorher mit Oesterreich verhandelt worden ist? — Herr **v. Bethmann Hollweg:** Ich erkläre mich außerstande, hierauf zu antworten.

Abg. Dr. **Sinsheimer:** Am 18. Oktober haben Sie im Hauptquartier mit Baron Burian über die Friedensmöglichkeit gesprochen. — **v. Bethmann Hollweg:** Ich weiß nicht mehr genau, wie und in welcher Form ich darüber mit Burian gesprochen habe. Meine Aufzeichnungen darüber sind keine Dokumente. — Abg. Dr. **Sinsheimer:** So fassen wir es auch auf, aber die Frage ist, ob Burian über unser Vorhaben unterrichtet war. — **v. Bethmann Hollweg:** Ich bitte, darauf erst in einer der nächsten Sitzungen antworten zu dürfen, nachdem ich die Akten studiert und mit meinen Mitarbeitern mich besprochen habe. Die gleiche Antwort gibt Herr von Bethmann Hollweg auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Cohn.

Den Vorschlag Burians, mit dem Friedensangebot zugleich unsere Friedensziele den Gegnern zu übergeben, habe er für unpraktisch gehalten.

Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Cohn über die Parallelaktion eines neutralen Staates oder Souveräns bittet Herr v. Bethmann Hollweg, später antworten zu dürfen. — Vorsitzender **Warmuth:** Sie hatten also die Friedensvermittlung Wilsons angeregt und ihn doch nicht mitgeteilt, daß Sie selbst eine Friedensaktion unternehmen wollten. — **v. Bethmann Hollweg: Ich habe geglaubt, zwei Eisen im Feuer haben zu sollen.** — Abgeordneter Dr. **Sinsheimer:** Warum haben Sie trotz Ihrer ungünstigen Meinung über Wilson auf dessen Angebot Wert gelegt? — **v. Bethmann Hollweg:** Weil alle Chancen ausgenutzt werden mußten in einem solchen Kriege. Auch auf weitere Fragen bleibt Herr v. Bethmann Hollweg dabei, daß wir zwei Eisen im Feuer haben und behalten wollten, ein taktisches Verhalten, wie es in der Politik alle Tage vorkomme.

Abg. Dr. **Sinsheimer:** Warum wurde Wilson von unserm Angebot nicht in Kenntnis gesetzt? — **v. Bethmann Hollweg:** Wir wollten eine überraschende Wirkung auf die feindlichen Völker erzielen, und hatten deshalb strengste Geheimhaltung verabredet. Nur wenige Menschen wußten davon. Auch der Reichstag war am 12. Dezember völlig überrascht. — Professor **Bonn:** Ist die

Wirkung der Wilsonschen Friedensaktion

bei den Feinden nicht dadurch beeinträchtigt worden, daß wir ihm zuvorgekommen sind? — **v. Bethmann Hollweg:** Darauf könnten wir nur eine Antwort finden, wenn wir wüßten, was bei unsern Feinden vorgegangen ist. Ich habe aber nicht den Eindruck, als ob die Entente gewillt wäre, ihre Archive zu öffnen. — Abg. Dr. **Cohn:** In einem Telegramm an den Vertreter des Reichskanzlers bei der Obersten Heeresleitung, Freiherrn v. Grünau, das vom 1. Oktober datiert ist, sagen Sie, daß eine Ablehnung des Friedensappells durch England uns die Grundlage schaffen würde, zur Zurückziehung der in der Sussexnote gegebenen Zusage. — **v. Bethmann Hollweg:** Wir hatten in der Sussexnote ausdrücklich betont, daß wir frei wären, wenn unsere Erwartungen nicht erfüllt würden, daß Amerika England zur Londoner Deklaration zurückbringen würde. Dies mußte durch irgend ein Ereignis festgestellt werden, und ein solches Ereignis war die etwaige Ablehnung eines Friedensangebots durch die Entente. — Dr. **Cohn:** Die Ablehnung des Friedensappells sollte also dazu benutzt werden, die Anwendung eines Kriegsmittels zu ändern oder zu erweitern? — **v. Bethmann Hollweg:** Das ist ein Trugschluß. — Sachverständiger Professor **Hatzsch:** Wäre es nicht richtiger gewesen, die amerikanische Aktion erst einmal auslaufen zu lassen? — **v. Bethmann Hollweg: Wir wußten nicht, ob und wann Wilson kommen würde.** Dieses Wann aber war durchschlagend. Ein brauchbarer Friedensschritt kann nur gemacht werden zur Zeit eines militärischen Höhepunktes. Ich konnte mich auf Wilson nicht verlassen. Es bestand die Gefahr, daß er den Zeitpunkt der militärischen Höhe verpasste. — Professor **Bonn:** Man hätte doch bei Wilson antreten können, wenn er herauszukommen gedenke und ihm mitteilen können, daß wir ihm sonst zuvorkommen würden. — **v. Bethmann Hollweg:** Eine solche Mitteilung an Wilson hätte ich politisch nicht für ratsam gehalten. — Abg. **Gothein:** Am 5. Februar 1916 haben Sie sich bei Generaal v. Falkenhain

darüber beschwert, daß die Zensur nicht gegen die annexionistische Presse vorgehe,

worauf der General antwortete, er könne nicht finden, daß die Haltung dieser Zeitungen irgendwie gefährlich wäre. Es bestand also ein starker Gegensatz hinsichtlich der Zensur